



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber, Markus Blume, Christine Haderthauer, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Walter Nusser, Eberhard Rotter, Dr. Harald Schwartz, Karl Straub** und Fraktion (CSU)

Kein Verbot von Verbrennungsmotoren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt entschieden ab,

1. sich auf einen Zeitpunkt festzulegen, an dem Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren in Deutschland nicht mehr zugelassen werden dürfen,
2. derzeit eine sog. „blaue Plakette“ einzuführen, die es Städten erlaubt, Fahrverbotszonen für PKW einzurichten, die deren erhöhten Anforderungen nicht entsprechen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in allen europäischen und deutschen Gremien weiterhin in diesem Sinne einzusetzen. Bund, Länder und Kommunen sind vielmehr angehalten, die Elektromobilität weiter zu fördern und durch ein Bündel von Maßnahmen die Stickoxidbelastung in Städten deutlich zu reduzieren.

Begründung:

Der Bundesrat hat – ohne die Zustimmung Bayerns – einer Stellungnahme zugestimmt, Verbrennungsmotoren ab 2030 zu verbieten. Der Bayerische Landtag hält es für unhaltbar und fahrlässig, derartige Termine festzulegen, ohne dass erkennbar ist, dass es zu diesem Zeitpunkt verlässliche Alternativen für einen Flächenstaat gibt.

Die Einführung einer sog. „blauen Plakette“ schiebt einseitig den Städten die Verantwortung zu, Fahrverbote zu verhängen. Besser ist ein Maßnahmenbündel von Bund, Ländern und Kommunen, die Stickoxidbelastung an gefährdeten Straßenstücken zu verringern. Sowohl der Bundesverkehrsminister wie auch die Bayerische Staatsregierung haben beiden Initiativen widersprochen. Statt Verboten setzen sie vielmehr auf positive Anreize und weitere Verbesserung der Technik. Sie haben dabei die Unterstützung des Bayerischen Landtags.